

# Simburger Anzeiger

Einmal wöchentliches Preisblatt für den Kreis Simburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertannus, Rheingau und St. Goarshausen.

Ercheinungsweise: täglich (nur Vortage).  
Bezugspreis: monatlich 3.00 Mark einschl. Postbefreiung  
oder Bringerlohn.  
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Simburger Zeitung) Begr. 1838 (Simburger Tageblatt)  
Verantwortlicher Redakteur: Hans Kutsche,  
Druck und Verlag der Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei  
in Simburg a. d. Rhn.

Anzeigenpreis: die 6spaltige 5-Millimeterzeile oder deren Raum 70 Hg. Die 11 mm breite Neblamzeile 2.10 M.  
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortags.

Nummer 125

Simburg, Freitag, den 4. Juni 1920.

83. Jahrgang

## Wahlmüdigkeit?

Die Blätter aller Parteien machen letzte Anstrengungen, die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Der Vorwärts meint, von der Wahlbeteiligung sei keine Partei voll befreit. Man spreche von Wahlmüdigkeit. Hierbei läuft es auf den Tatsachen hinaus, dass man in den Wahlversammlungen einen Eindruck hat, dass man sich, dass bei manchen früheren Wahlen der Besuch der Versammlungen niedriger lag, während das Wahlergebnis sich glänzend gestaltet und die Wahlbeteiligung die früheren Voraussetzungen übertrifft.

## Die Säuberung der bewaffneten Macht.

Reichswehrminister Gehrke hat vor seiner Abreise nach Berlin eine Verordnung erlassen, die den Angehörigen der Reichswehr den Beitritt zum Frontbund verbietet. General von Seede war in den letzten Tagen in Westfalen, insbesondere in Paderborn und im Sennelager, um die dortigen Formationen, insbesondere der 1. Infanteriebrigade und der Freikorps, insbesonders der 1. Infanteriebrigade, zu besuchen. Es wird berichtet, dass namentlich die 1. Infanteriebrigade durch Entlassung von Zahlmeistern erschwert ist. Es ist daraufhin angeordnet worden, dass die nötige Zahl von Zahlmeistern sofort aus Kiel nach dem Sennelager in Marsch gesetzt wird.

## 42000 Mark Jahresgehalt für einen französischen Soldaten!

Die Kosten für die französischen Besatzungstruppen, die zu bezahlen haben, waren schon bisher unerträglich. Sie sind aber jetzt noch mehr gestiegen. Die Gehälter aller französischen Mannschaften und Offiziere in den besetzten Gebieten sind nämlich um ein Vielfaches erhöht worden. Die Gehälter der Offiziere sind jetzt derart, dass ein gemeiner französischer Soldat ein weit höheres Einkommen erzielt als ein deutscher General. Während der deutsche General ein Jahreseinkommen von 38.000 Mark erhält, soll der französische Soldat bisher jährlich 24.000 Mark bezogen, künftig auf 42.000 Mark im Jahr emporsteigen. Der französische General, der bisher auf 226.000 Mark stand, steigt auf das dreifache Einkommen von 342.000 Mark! Man versteht damit die entsprechende deutsche Einstellung eines Staatssekretärs, der ein Jahreseinkommen von bescheidenen 100.000 Mark bezieht.

Entsprechend sind die Gehaltsätze aller übrigen Ränge. Der französische Generalleutnant soll von 168.000 Mark auf 252.000 Mark steigen (das Jahreseinkommen eines deutschen Generalleutnants 30.000 Mark), ein deutscher Major 25.000 Mark, der Ministerialdirektor 28.000 Mark. Der französische Oberst steigt von 90.000 Mark auf 160.000 Mark (der deutsche Oberst 20.000 Mark), ein wirklicher Legationsrat 20.000 Mark. Beim französischen Major ergibt sich eine Steigerung von 84.000 Mark auf 162.000 Mark (der deutsche Major 16.200 Mark), ein Oberregierungsrat 16.500 Mark).

Der französische Hauptmann kommt von 38.000 Mark auf 152.000 Mark, (der deutsche Hauptmann 11.100 Mark), ein Bataillonchef 11.100 Mark. Der französische Unteroffizier, der bisher schon mit seinen 39.600 Mark mehr bezog, als ein deutscher Staatssekretär, steigt jetzt auf nicht weniger als 52.000 Mark. In der deutschen Reichswehr beträgt ein Unteroffizier 5200 Mark jährlich, während die entsprechende Stellung eines Amtsgesetzten mit dem gleichen Gehalt besoldet wird.

Man beachte dabei, dass die Jahresbezüge der Kommissionsmitglieder lediglich Verpflegungsgelder darstellen, und dass die Kommissionsmitglieder außerdem noch Quartier und Verpflegung empfangen. Das Quartier z. B. für General Koller beträgt uns jährlich etwa 144.000 Mark, für Zimmermann Hotel Kaiserhof. So müssen wir lediglich für Hotelunterkunft der Kommissionsmitglieder nur in Berlin jährlich 144.000 Mark zahlen. Da wundert man sich, dass Deutschland trotz aller Arbeit immer weiter in Armut und Elend verfällt.

## Es gibt keinen Rechtsweg gegen die behördliche Wohnungsbeschlagsnahme.

Berlin, 1. Juni. (WZB) Die Wiederherstellung der Wohnung ist ein Grund der Wohnungsmangelbekämpfung. Die von den Gemeindebehörden ergriffenen Maßnahmen zur Befreiung der Wohnungsmangel (Wohnungsbeschlagsnahme) werden durch Urteile der ordentlichen Gerichte angefochten werden können, ist nunmehr von einem Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzfrage durch ein am 29. Mai in Sachen der Wohnungsbeschlagsnahme in Northheim (Hannover) ergangenes Urteil entschieden worden, dass der Rechtsweg für unzulässig ist. Damit ist auch in dieser Richtung bezüglich der Wohnungsbeschlagsnahme Klarheit geschaffen worden.

## Verbrechen der polnischen Justiz in Danzig.

Danzig, 1. Juni. (WZB) Der Oberkommissar für Danzig, Sir Reginald Tower, begab sich in der vorigen Woche nach Preußisch-Stargard (Pommern), um in dem geheimnisvollen Falle des verhafteten Dr. Wagner-Danzig beim dortigen Gericht einen Einblick zu gewinnen. Dem Oberkommissar wurde eine Unterredung mit Wagner von dem die Untersuchung führenden Oberkommissar nicht bewilligt. Dem für Wagner bestellten Verteidiger war weder der Einblick in die Akten noch eine Besprechung mit Wagner gestattet worden. Die Verhandlung gegen Wagner sollte in vierzehn Tagen in Preußisch-Stargard stattfinden. Nun stellt sich, wie die „Danziger Brücke“ erfährt, heraus, dass Wagner aus Preußisch-Stargard weggebracht wurde. Seine Frau sowohl als ein Verteidiger wurde jede Auskunft über seinen Aufenthalt verweigert. Der Fall Wagner ist nur einer von vielen, aber er ist besonders bezeichnend. In Danzig: Kronen empfangen das Verhalten der polnischen Militär- und Justizbehörden als eine so schwere Verletzung der internationalen Bräute wie eine so unerhörte Willkür, dass das Verlangen nach Einschreiten des Obersten Rates laut wird, nachdem die Intervention des internationalen Völkerbundskommissars in der vorliegenden Form zurückgewiesen wurde.

## Französische Urteile gegen deutsche Offiziere.

Paris, 1. Juni. (WZB) Havas meldet aus Lille: Die Kriegsgerichte erhielten Befehl, ein Strafverfahren gegen etwa 500 deutsche Offiziere einzuleiten wegen Mißhandlungen sowie Diebstahl und Plünderungen, deren sie sich während der Okkupation schuldig gemacht haben sollen. Die Angeklundigten wurden wohl in Abwesenheit abgeurteilt. Unter den Beschuldigten sollen sich auch General Sirt von Arnim und Oberst Blumentreter befinden.

## Lüttich aufgefunden?

Benrather, 1. Juni. (WZB) Der Volkswille in Lüttich meldet, General v. Lüttich habe sich seit elf Tagen in Aachen, Kreis Ronsberg, bei Freiherrn v. Scherf-Hof auf.

## Eine bolschewistische Bedrohung?

In der Kreuzzeitung wird die Möglichkeit besprochen, dass die Bolschewisten Polen niederwerfen und dann Deutschland bedrohen. Im auswärtigen Ausschuss der bayerischen Landtage habe der Vertreter der Regierung mitgeteilt, dass die Reichsregierung etwas authentisches nicht wisse, hingegen die Frage eines bolschewistischen Angriffes mit einem Optimismus betrachte, die die bayerische Regierung nicht teile. Man tue in Deutschland jedenfalls gut, mit der Möglichkeit zu rechnen, dass die Bolschewisten vordringen und an der Hoffnung und Absicht in ruffischen und in deutschen Kommunistenkreisen sei nicht zu zweifeln, dass die Verbindung eines russischen Angriffes und deutscher Putsch etwa im Ruhrgebiet oder in Mitteldeutschland (an Sieg des Bolschewismus Ost- und Mitteldeutschland endgültig herbeiführe. Bis jetzt sei aber kein Anlauf zur Verschwörung und von wirklich großen Erfolgen der Sowjetarmee sei keine Rede.

## Bayerische Donaubaupläne.

München, 2. Juni. (WZB) In der Sitzung des Finanzausschusses wurde die Regierungsvorlage angenommen, wonach der zur Fortführung der Mainkanalisierung genehmigte Kredit von 75 Millionen auf die Vorarbeiten einer Großschiffahrtsstraße von Weinfeld bis Nürnberg, den Ausbau der Donau von Regensburg bis Regensburg und von Passau bis zur Reichsgrenze einschließlich der Wasserkraftausnutzung ausgedehnt wird. Ebenso wurde ein Antrag des (Bayr. Volkspartei) angenommen, drei Millionen Mark für Propaganda zu verwenden.

## Ein Konflikt zwischen Österreich und Ungarn?

Wien, 31. Mai. (WZB) Staatskanzler Renner hat in seiner Eigenschaft als Staatssekretär des Reiches heute vormittag den ungarischen Gesandten zu sich gebeten und ihm eröffnet: Der Staatsregierung der Republik Österreich liegen zuverlässige Nachrichten vor, dass in Eger, in der Nähe der Östgrenze Deutsch-Österreichs, eine Formation von ungefähr 1000 Offizieren österreichischer Staatsbürger organisiert ist, die gegebenenfalls mit bewaffneter Hand in Österreich einzugreifen beabsichtigt. Die österreichische Regierung ist darüber informiert, dass für diese Formation

von der ungarischen Regierung ein Betrag von 10 Millionen Kronen ausbezahlt worden ist. Charakteristisch für das in dieser Sache beobachtete Verhalten der ungarischen Behörden ist auch der Umstand, dass Grenzorgane in Sauerbrunn (Savannuluf) Formulare, durch die der Grenzübergang ermöglicht bzw. gefördert werden soll, den Anwerbern in Wien zur Verfügung stellen. Die österreichische Regierung erwartet eingehende Aufschlüsse über die Vorgänge, die geeignet sind, eine höchst bedauerliche Trübung der Beziehungen der beiden Nachbarstaaten herbeizuführen.

## Die Entente hängt Österreich den Brotforn hoch.

Wien, 1. Juni. (WZB) Die Reichspost meldet: Die Entente erhob gegen die Erhöhung der Brotpfennige in Österreich Vorstellungen, da diese Maßregel von ihrem guten Willen abhängt, sie aber nicht befragt worden sei, zumal auch die Weltversorgung mit Brotgetreide eine solche Erhöhung nicht begünstige.

## Lokaler und vermischter Teil.

Simburg, den 4. Juni 1920.

(-) Fronleichnamstag. Die große Prozession am heiligen höchsten katholischen Feiertag konnte sich dank der gütigen Bitterung glanzvoll entfalten und durch die prächtig geschmückten Sträße der Stadt bewegen. Den Altargottesdienst mit dem Allerheiligsten verließ der Hochw. Herr Bischof Dr. Rinan. Sehr wirkungsvoll kam der Gesang des Domchors in der großen Festhalle unter Leitung des Dirigenten Herrn Kaplan Papp und unter Begleitung des Orchesters zur Geltung.

(-) Besitzwechsel. Der Hausbesitz der Witwe Albert Henninger, Holzheimstraße hier, in welchem bis vor Kurzem die jetzt aufgegebene bekannte Gastwirtschaft betrieben wurde, ging durch Verkauf in den Besitz des Raiffeisen'schen Genossenschaftsverbandes für die Kaufsumme von 65.000 Mark über.

(-) Ein gefährlicher Schädling. Herr Streckli schreibt uns: In den Gärten der Au ist seit einigen Tagen der gefürchtete Stachelbeerstecher in überaus heftiger Form aufgetreten. Da im vorliegenden Fall kein Bezug von Stachelbeerpflanzen von auswärts festgestellt ist, die verletzten Pflanzen bisher gesund waren, so ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, dass die Pflanzenteile durch das Hochwasser mit Pflanzenteilen aus verletzten Gärten in der Au hineingekommen sind. Die Besitzer der Gärten in der Au tun gut, ihre sämtlichen Stachelbeerbüsche von unten aufzuheben und zu revidieren, die stachelbeerenfressende Stachelbeere sofort abzureißen und zu verbrennen. Es liegt im allgemeinen Interesse jeden Gartenbesitzers, die heftig beschallenen Fruchtzweige im Schaufenster von Herrn Reuß, Grabenstraße, ausgestellt, zu befechtigen, zur Warnung vor der großen Gefahr, die durch die Verseuchung der ganzen Gemarkung droht.

(-) Abgabe von russischen Kriegsgefangenen für landwirtschaftliche und gewerbliche Arbeiten. Auf Grund einer Anweisung des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung hat das Verfahren der Zuweisung von Russen aus dem Kriegsgefangenenlager in Niederwehren eine Änderung erfahren. Die Abgabe erfolgt noch nach erfolgter Genehmigung des Landesamtes für Arbeitsnachweis in Hessen, Hessen-Raffau und Wadde und zwar zu den gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, die auch für deutsche Arbeiter Geltung haben. Alle Anträge sind ausschließlich auf den vorgeschriebenen Formularen an das Landesamt für Arbeitsnachweis in Frankfurt a. Main, Große Friedbergerstraße 28 zu richten. Die erforderlichen Vordrucke nebst einem Merkblatt, das die näheren Bedingungen enthält, können kostenlos bei der genannten Stelle sowie bei sämtlichen öffentlichen Arbeitsnachweisen entnommen werden. Eine Genehmigung zur Beschäftigung von russischen Gefangenen kann durch das Landesamt für Arbeitsnachweis nur erteilt werden, falls keine deutschen Arbeiter beschafft werden können. Es empfiehlt sich demnach, zunächst bei dem zuständigen Arbeitsnachweis zu versuchen, deutsche Arbeiter zu erhalten.

(-) Aus dem Wahlkampf. Am Samstag nachmittag ein halb 5 Uhr veranstaltete die sozialdemokratische Partei auf dem Neumarkt eine öffentliche Volksversammlung, in der Ellenbachsaffist Martin, ein Kandidat der sozialdemokratischen Liste, über das Thema sprechen wird: Was brachte die Nationalversammlung den Beamten, Arbeitern, Gewerbetreibenden usw. Was muß der Reichstag bringen?

(-) Bei Fasset wurde vorgestern der ehemalige Gärtner Alois G. von hier, der in Gemeinschaft mit einem Kaufmann K. aus Offenbach und einem gewissen E. aus Dahn bei einem Einbruch in ein Wiesbadener Warenhaus für 300.000 Mark Seidenwaren stahl, auf einem Lastkraftwagen nach Offenbach entführt und dort zu verkaufen suchte, wobei man dem ungewöhnlich frechen Diebstahl, der fast am helllichten Tage geschah, auf die Spur kam.

## Deutsche Katholiken!

In den Pfingstfeiertagen hat sich die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Katholiken gebildet. Fest auf dem Boden der katholischen Kirche stehend, empfiehlt sie Allen, die Stimme der Deutschnationalen Volkspartei zu geben.

Berlin, den 29. Mai 1920.  
Nationale Arbeitsgemeinschaft Deutscher Katholiken.

Der Wahlausschuss:  
Georg Lossau, Dr. Pritze, A. Fehring, Hans Berthold  
(Herausgeber der Wochenschrift „Mein Glaube“).  
Alfred Marchand.  
Anschlussklärungen wollen an Herrn Alfred Fehring, Berlin W 30, Frankenstr. 16, gerichtet werden.

Wählt

biste Scheidemann!

Wählt

biste Scheidemann!







Wählt Liste  
**Rieber-Hepp-Seibert!**

Jede Woche  
wird Leinen, Betttücher,  
Bezüge und dergl.  
in schönen hellen Farben gefärbt.  
Färberei Bender, Limburg (Lahn)  
27/116 Annahmestelle Neumarkt, Telefon 88.

Wählt Liste  
**Rieber-Hepp-Seibert!**

# Landwirte schließt Lieferungsverträge für Speisekartoffeln aus der Herbst-Kartoffelernte 1920

nur mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften ab. Für den Regierungsbezirk Wiesbaden und Kreis Wehlar sind zum Abschlusse der Lieferungsverträge nach der Verordnung vom 21. Mai 1920 von den Genossenschaften nur berechtigt die

**Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft**

**E. G. m. b. H.**

**Wiesbaden.**

**Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse**

**für Deutschland,**

**Filiale Frankfurt a.M.**

Wir empfehlen dringend, dieser Aufforderung nachzukommen und ohne Ausnahme die Verträge zum Abschluß zu bringen, da nur dann Aussicht besteht, daß auch die Zwangswirtschaft auf den übrigen Gebieten entsprechend abgebaut wird.

**Bezirks-Bauernschaft Limburg, für Nassau und den Kreis Wehlar.**

## An die Bauernschaften!

Die Deutsche Demokratische Partei erklärt:

1. daß sie das Kultur- und Wirtschaftsprogramm der Bauernschaften anerkannt hat. (Schreiben der demokratischen Partei vom 20. April 1920);
2. daß die Wahlkommission der Bauernschaften ihr keine Mitteilung davon gemacht hat, daß die Bauernschaften mit den Parteien über die Aufstellung der Kandidaten verhandeln wollten (Schreiben der Wahlkommission vom 15. April 1920). Die Partei wäre zu solchen Verhandlungen ohne weiteres bereit gewesen;
3. daß der Wahlkommission durch die Demokratische Partei bekannt gegeben war, daß die Partei am 25. April in Marburg ihre Kandidaten benennen würde. Die Wahlkommission hat dagegen keinen Widerspruch erhoben;
4. daß erst am 28. April, also nach der Aufstellung der Kandidaten die Einladung zu der Gießener Tagung an die Partei erging. (Schreiben vom 28. April 1920);
5. daß nie ein Flugblatt von ihr herausgegeben worden ist, in dem zum Austritt aus den Bauernschaften und zum Eintritt in den Bauernbund aufgefordert wurde;

Bauernschaft und Bauernbund sind keine Gegensätze.

6. Die Demokratische Partei betont die Neutralität der Bauernschaften und erblickt in der einseitigen Stellungnahme gegen den Kandidaten Trieschmann einen Versuch einzelner Führer der Bauernschaften die Neutralität zu durchbrechen.

Es ist un wahr, daß der Kreisverein Rothenburg der Bauernschaften den Kandidaten Trieschmann abgelehnt hat.

Wahr ist, daß die drei Vorstandsmitglieder des Kreisvereins Rothenburg der Landwirt Ursprung, Howiesener und Corzeliuss, ohne den Gesamtvorstand (zudem auch Trieschmann gehört), viel weniger dem Kreisverein Rothenburg zu befragen, Stellung gegen Trieschmann nahmen, und so ein völlig falsches Bild zu der Casseler Tagung brachten.

Direkt irreführend wirken die Worte des Vertreters von Rothenburg wenn er sagt: er habe gehofft, Herrn Trieschmann für die Bauernschaft zu gewinnen, dies sei ihm aber nicht gelungen.

Trieschmann ist nicht nur Mitglied, sondern Kreisvorstandsmitglied der Bauernschaft. Dieses beweist, daß ein großer Teil der Landwirte für ihn eintritt, und daß es nur eine Hez der rechtsstehenden Vorstandsmitglieder ist, die die Bauernschaftsbewegung in's Fahrwasser der Rechtsparteien herüberziehen wollen um so die mittleren und kleineren Landwirte dem Untergang entgegenzuführen.

Die Demokratische Partei appelliert an die politische Einsicht der Bauernschaften, die am besten wissen, daß sie ihre eigenen Interesse schädigen würden, wenn sie den Führern der Deutschnationalen und der deutschen Volkspartei folgten.

Die Bauernschaft steht am Scheideweg!

1/125

Ablehnung Trieschmann heißt: Abmarsch nach Rechts! Abmarsch nach Rechts heißt: Aufgabe der Neutralität: Aufgabe der Neutralität heißt: Anhängsel des Bundes der Landwirte!

Der Bund der Landwirte ist der Schädiger jeder Bauernpolitik!

**Die Deutsche Demokratische Partei.**

Wählt Liste  
**Rieber-Hepp-Seibert!**

**Ringofen etc.**

auf Abbruch sofort zu verkaufen.

Angebote unter 2/125 an die Geschäftsstelle d. B.

## Gustav Adolfs-Fest des Hauptvereins Wiesbaden

am 8. und 9. Juni 1920

zu dem die Mitglieder der evangelischen Gemeinde eingeladen werden.

Dienstag den 8. Juni, abends 8 Uhr: **Familienabend** im Evangelischen Gemeindehaus: Begrüßungen, Ansprachen, Gesangsvorträge des Cäcilienvereins und des Kirchenchors

Mittwoch den 9. Juni, vorm 9 1/2 Uhr: **Versammlung** im Hofe des Gemeindehauses (Obere Schiede) und Zug in die Kirche

Zugordnung: Musikchor, Schüler der Volksschule, Schülerinnen der höheren Töchterschule, Gymnasiasten, die Konfirmanden der drei letzten Jahre, Kirchenchor, Jünglingsverein, Geistlichkeit, Mitglieder des Hauptvereins und der auswärtigen Hauptvereine, Deputierte, der Zweigvereine, Kirchenvorstand und Gemeindevertretung, Cäcilienverein, Festgäste, Gemeindeglieder.

10 Uhr. Gottesdienst (Pfarrer Beckmann aus Wiesbaden) unter Mitwirkung des Kirchenchors und der Musikkapelle.

14/125

Der Kirchenvorstand.

## ACHTUNG

**RADFAHRER AUTOMOBILISTEN**

keine Luftpumpe mehr nötig

**PNEUMACIT**

dichtet selbsttätig. Bestes Mittel um alte poröse Luftschläuche wieder gebrauchsfähig zu machen.

**LUFTSCHLÄUCHE**

deutsche und ausl. Ware, prima Qualität zum Preise von Mk. 45.— u. 50.—

**FAHRRÄDER**

mit tadelloser Bereifung, neu: von Mk. 1800.— an, gebraucht: von Mk. 450.— an

**NÄHMASCHINEN**

vor- u rückwärts nähend zum Sticken u. Stopfen eingerichtet neu: von Mk. 1200.— an gebr.: von Mk. 300.— an.

**Fahrzeug-Industrie Limburg/L.**

**Nic. Hohn.**

Wählt Liste  
**Rieber-Hepp-Seibert!**



# Wen wählen wir?

Gelüftet Dich nach neuem Krieg,  
So wähle die Liste Helfferich!

Willst Du hungern und darben für wen'ge Genießer,  
So wähle den Geldsackathleten Rießer!

Soll Dummheit Licht und Leben verjagen,  
Das Volk sich in kirchlichem Hader zerschlagen,  
Ist Dir die Religion eine Hatz,  
So wähle die Zentrumsliste Schwarz!

Grosse Worte, halbe Taten  
Bieten Dir die Demokraten,  
Mischmasch, weder Ochs noch Bücking  
Ist die ganze Liste Schücking.

Fade, abgedroschne Phrasen,  
Krach und Streit auf allen Straßen,  
Keine Rettung, kein Gelingen  
Kann die Liste Dißmann bringen!

Willst Du, daß in ruh'gen Bahnen  
Unter stolzen Freiheitsfahnen  
Unser Volk zum Leben strebt,  
Friedlich innen, friedlich außen,  
Stolz der Neubau sich erhebt?  
Gleiche Rechte, gleiche Pflichten  
Druck und Sklaverei vernichten,  
Unser Volk in Freiheit lebt?  
Gönnt Du Bildung Deiner Jugend,  
Treu und Fleiß und jede Tugend,  
Daß sie Kraft und Mut durchbebt?  
Willst Du so die Zukunft schauen  
Musst Du mit am Volksstaat bauen!  
Reicht den Baustein, Frau und Mann:

16/125

## Wählt die Liste Scheidemann!

# Deutsche Männer und Frauen!

Immer näher rückt der Tag, an dem es gilt, zu entscheiden, ob Deutschland eine Regierung sich schafft, die Willen und Fähigkeit zum Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft besitzt, oder ob es rettungslos dem Verderben zutreibt.

Die **Deutschnationale Volkspartei** will die **Wiederbelebung der Arbeit**, umfassende Förderung der **Produktion**, vor allem von **Brot und Kohle**; sachgemäße **Pflege der Landwirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk**; Schutz jeder ehrlichen **Anteilnahme**, aller **geistigen und körperlichen Arbeit**; Schutz des **schwer bedrängten Mittelstandes**, einschließlich des **Beamtentums** und der **freien Berufe** vor Verelendung. Deshalb verlangt sie **schleunige Aufhebung der Zwangswirtschaft**, die in Stadt und Land die Landwirtschaft und das ehrliche Gewerbe bedrückt und dem **Bucher und Schiebertum Tür und Tor öffnet**. Mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft muß Hand in Hand gehen, der **Abbau der Kriegsgesellschaften** und die **Freigabe der Waren und Rohstoffe** für das **Handwerk und den legitimen Handel**.

Die **deutschnationale Volkspartei** fordert die **Hebung der landwirtschaftlichen Produktion**, die die **Vorbedingung** für das **Bestehen unseres Vaterlandes** ist, die volle **Würdigung der besonderen Bedeutung der Landwirtschaft** schon, wir in einer **Wirtschaftskammer** des landwirtschaftlichen Berufsstandes, in der **Groß- und Kleinfestiger Arbeitgeber und Arbeitnehmer** neben- und miteinander arbeiten. Wir fordern zur **Vermehrung der ländlichen Bevölkerung** die **Betreibung des Siedlungswesens**; eine gesunde **Nahrung von Groß-, Mittel- und Kleingrundbesitz** ist unser Ziel. Die **Staatsdomänen** sind zur **Einrichtung von Musterwirtschaften** bereitzustellen. Die **Herstellung eines gemeinsamen Interesses** auf der Produktion für Arbeitgeber und Arbeitnehmer bietet die Gewähr, daß beide Teile sich als **Glieder eines und desselben Wirtschaftszweiges** miteinander **verwachsen fühlen**.

Die **Deutschnationale Volkspartei** hält grundsätzlich am **Privat-Eigentum** fest. Sie **verwirft** unbedingt die **Sozialisierung des Bodens** in jeder Form als **unwirtschaftlich** und dem individuellen Charakter des landwirtschaftlichen Betriebes **zuwiderlaufend**.

Die **deutschnationale Volkspartei** fordert einen **alsobaldigen Abbau der Zwangswirtschaft**, um die Kräfte des deutschen Volkes zu neuer **Schaffensfreude** zu beleben und um **Ehrlichkeit im Handel und Wandel wiederherzustellen**.

## Wir wollen wieder ein ehrliches Volk werden!

## Darum unterstützt die deutschnationale Volkspartei!

# Wählt die Liste Helfferich-Lind-Hartwig-Christian

15/125

Auf vielfache Anfragen teilen wir mit, daß **Anmeldungen** im Geschäftszimmer, Obere Grabenstraße 1211, woselbst auch **Stimmzettel** für die Wahl zu haben sind, entgegengenommen werden. (Fernruf 180).

## Deutschnationale Volkspartei.